Heute „Moden-Spiegel"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „ULK", „Haus Hof Garten", „Rede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentlich 1,25 Goldmark einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 Goldmark monatlich exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Deutschösterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen Finnland, Lettland, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 5440—3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berliblatt", Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324. Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1 Goldmark. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 50; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9, Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 288 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstraße 1; Müllerstraße 155; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Straße 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Dahlem-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-Weststr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 50/54; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Borholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 14; Schöneberg: Hauptstraße 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 150; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 18. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 32
Ausgabe für Berlin

54. Jahrgang
Dienstag, 20. Januar 1925

Das Programm des Rechtskabinetts Luther.

Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben. — Reichsverkehrsminister Dr. Krohne.
Verwaltung des Ministeriums der besetzten Gebiete durch den Reichsjustizminister.

Die Rede des Reichskanzlers.

Die gestrige Reichstagssitzung — Lärmszenen der Kommunisten. Sehr kühle Aufnahme. — Das deutschnationale Uebergewicht im Kabinett.

Von

Erich Dombrowski.

Am Freitag vergangener Woche wurde die Regierungserklärung wenige Stunden vor Beginn der Reichstagssitzung vertagt. Das Kabinett war noch nicht vollständig beisammen, und über das neue Programm war man sich auch noch nicht einig geworden. Gestern nachmittag endlich waren die letzten Schwierigkeiten behoben. Auch für die noch freien Portefeuilles hatten sich Liebhaber gefunden. Zuerst hatte der Reichskanzler Absagen über Absagen bekommen. Schließlich hat er einfach, als keine andere Lösung mehr möglich war, zwei Beamte zu Ministern aufrücken lassen. Gegen einhalb sieben Uhr abends wurde die Reichstagssitzung eröffnet. Wie immer an solchen großen Tagen waren die sämtlichen Tribünen voll besetzt. In der Diplomatenloge sah man die verschiedensten ausländischen Persönlichkeiten. Darunter den englischen Botschafter Lord d'Abernon. Der Saal selbst glich mit seiner unruhig hin- und herflutenden Schar von Abgeordneten einem wimmelnden Ameisenhaufen. Der Einzug des neuen Ministeriums vollzog sich ganz geräuschlos. Durch das Dickicht der Regierungsvertreter, der Staatssekretäre, der Direktoren und der Geheimräte zwängten sich der Reichskanzler und die alten und die neuen Minister unauffällig durch. Mit einem Male saßen sie, erwartungsvoll, am Regierungstisch. Die letzten Ministerankömmlinge, die erst gestern und vorgestern in das schwankende Regierungsboot gesprungen waren, als Dr. Luther es mit dem Ruder bereits vom Ufer abgestoßen hatte, die Herren Frenken, v. Schlieben und Krohne, erregten natürlich das meiste Interesse.

Der neue Justizminister, der gleichzeitig auch das Ministerium für die besetzten Gebiete verwaltet, Dr. Frenken, ist ein würdiger alter Herr, der die Siebzig bereits überschritten hat, und dem der große breite Schnauzer ein etwas martialisches Aussehen gibt. Ein Vertreter des alten Systems. Einer, der nicht nur die richterliche, sondern auch die juristisch-verwaltungstechnische Laufbahn durchgemacht hat. Er war seinerzeit Ministerialdirektor im Justizministerium. Später Unterstaatssekretär in Elsaß-Lothringen. Zuletzt Oberlandesgerichtspräsident in Köln. Eingespannt in den konservativen Rahmen der bismärckischen und der wilhelminischen Aera, hat er, mit den Mächtigen im Bunde, der Justiz als gehorsamer Beamter gedient. Den ersten Hauch der neuen Zeit hat er erst jetzt gespürt, da er plötzlich aus dem Ruhestande mitten in die Politik einer parlamentarischen Regierung berufen wurde. Da ist Herr v. Schlieben ein wesentlich jüngerer Mann. 1875 wurde er in der schlesischen Ortschaft Groß-Rinnersdorf geboren. Die übliche Verwaltungskarriere führte ihn, nach dem juristischen Studium und den Referendarsjahren, als Regierungsassessor nach Hanau und Düsseldorf, als Landrat in die ostpreußische Stadt Heilsberg, bis er, im zweiten Kriegsjahre, als Vortragender Rat, noch unter Herrn v. Bethmann Hollweg, in die Reichskanzlei berufen wurde. Drei Jahre später, schon nach der Revolution, siedelte er in das Reichsfinanzministerium über und brachte es dort bis zum Ministerialdirektor. Hier leitete er die Etatsabteilung und hatte vor allem die Lohn- und Gehaltsfragen der staatlichen Arbeiter und Beamten zu regeln. Der Typ eines Geheimrates, der Wert auf Distanz legt. Politisch selbstverständlich rechts eingestellt. Als in der Inflationszeit und später, unmittelbar nach der Stabilisierung der Mark, immer wieder Konferenzen mit den Gewerkschaften und den Beamtenorganisationen über die Anpassung der Bezüge notwendig wurden, gestaltete sich das Verhältnis zwischen ihm, dem Verhandlungsführer, und den Arbeitnehmerkategorien des Staates täglich unerquicklicher. Mehrfach kam es zu „Ultimaten". Es folgten unerfreuliche Auftritte, und bald hatte er die ganze Arbeiterschaft und die unteren und die mittleren Beamten gegen sich aufgebracht. Diese Kreise werden ihn wahrscheinlich nicht mit einem besonders großen Vergnügen an der neuen Stelle begrüßen. Dr. Krohne endlich ist vom Reichskanzler kurzerhand vom Staatssekretär zum Minister ernannt worden. Sachlich bedeutet die Verkehrsverwaltung, deren definitive Leitung er jetzt übernommen hat, nicht viel. Die Eisenbahnen sind diesem Ministerium entzogen worden so daß ihm eigentlich, selbst gegenüber den ihm verbliebenen Wasserstraßen, nur noch gewisse Aufsichtsrechte als Zentrale zustehen. Parteipolitisch hat das Kabinett durch diese drei neuen Männer noch eine weitere Rechtsfärbung erhalten. Im ganzen besteht es aus elf Personen. Davon kann man ohne weiteres sechs als ausgesprochen rechts bezeichnen: die Schiele, Neuhaus, Frenken, Graf Kanitz, Schlieben und Stingl. Zwei nehmen einen „vermittelnden" Standpunkt ein: Luther und Stresemann. Zwei weitere sind parteipolitisch bedeutungslose Anhängsel: Brauns und Geßler. Einer ist das fünfte oder das elfte — Rad am Wagen: Krohne. Dieses Rechenexempel genügt, um den Kurs der neuen Regierung unzweideutig erkennen zu lassen. Ein Bürgerblockkabinett, ein ausgesprochenes Rechtskabinett.

*

Die Rede freilich, die der Kanzler gestern im Reichstag hielt, versucht, vorläufig wenigstens, das Gesicht zu wahren. Der Uebergang von dem bisherigen zu dem neuen Kurs soll möglichst verschleiert und möglichst unauffällig gemacht werden. Die deutschnationalen Minister haben bei der Aufsetzung des Programms nicht nur ein, sondern beide Augen zugedrückt. Gestern noch waren sie stramm monarchistisch. Heute erklären sie die republikanische Verfassung als rechtliche Grundlage für die Arbeit der Reichsregierung. Gestern noch schworen sie auf die schwarz-weiß-rote Flagge. Heute geben sie sich mit der in der Verfassung festgelegten schwarz-rot-goldenen Fahne zufrieden. Gestern verlangten sie, um angeblich die Produktion zu heben, einen radikalen Abbau der Sozialpolitik. Heute erklären sie die weitere Ausgestaltung der Sozialversicherung für eine soziale Pflicht. Heute treten sie für eine Arbeitslosenversicherung ein, für ein Arbeitsgerichtsgesetz für eine Arbeitszeitgesetzgebung, die die sozialpolitischen Härten so schnell wie möglich beseitigen soll. Gestern verhießen sie ihren Wählern in der Aufwertungsfrage unbegrenzte Möglichkeiten. Heute reden sie nur von der Ergänzung der dritten Steuernotverordnung „im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen." Wie in der Innen-, so in der Außenpolitik. Gestern verdammten sie den Dawes-Plan und das Londoner Abkommen in Grund und Boden. Heute setzen sie sich für eine loyale Durchführung dieser Abmachungen ein. Gestern überschütteten sie das Kabinett Marx in der Kölner Räumungs- und in der Entwaffnungsfrage mit den heftigsten Vorwürfen und sprachen, wild gestikulierend, von einem Vertragsbruch der Alliierten. Heute wollen sie nur alles daran setzen, um zu Verhandlungen zu kommen. Gestern wollten sie vom Völkerbunde, „diesem Instrument zur Versklavung Deutschlands", nicht das Geringste wissen. Heute bekennen sie sich zu der Politik des Herrn Marx, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nur an gewisse Voraussetzungen knüpfte. Gestern noch über die angebliche Passivität der früheren Regierungen in der Kriegsschuldfrage. Heute wollen sie „in Uebereinstimmung mit den früheren wiederholten Erklärungen deutscher Reichsregierungen" die Bemühungen in dieser Frage „fortsetzen". Kurz, die Deutschnationalen haben, nach dieser Programmrede wegen einiger Ministersessel im Galopp den Weg nach Damaskus, den Weg der Erfüllungspolitik auf der ganzen Linie angetreten.

Soweit könnte man mit einer gewissen Schadenfreude auf diese plötzliche Rückgraterweichung der Deutschnationalen blicken. Aber man wird den Eindruck nicht los, als ob es ihnen vorerst nur darauf angekommen sei, wieder zur Macht zu gelangen. Alles weitere, sagen sie sich, wird sich schon finden. Insbesondere jetzt, wo noch in letzter Minute durch die Hinzuziehung weiterer rechtsstehender Männer im Kabinett eine deutschnationale Mehrheit, mehr

Die Parteien und die Regierungserklärung

Der Eindruck der Kanzlerrede.

Die Haltung der Demokraten.

Unmittelbar nach der gestrigen Sitzung des Reichstags hielten die Fraktionen des Zentrums und der Demokraten Sitzungen ab, um sich über ihre Stellungnahme zu der Erklärung der Regierung in der heute beginnenden Debatte schlüssig zu werden. Wie wir hören, hat die Rede Dr. Luthers mit ihren zahlreichen Versprechungen nach allen Seiten, besonders auch nach links, allgemeine Ueberraschung und Verwunderung hervorgerufen. Man fragte sich immer wieder, und zwar nicht nur bei den Demokraten, wie Dr. Luther dieses Programm mit einem Kabinett wie dem seinigen durchführen will, und wie vor allem die Deutschnationalen angesichts ihrer Haltung im Wahlkampf und gegenüber ihrer Wählerschaft eine solche Politik unterstützen wollen. Ein solches Programm, so sagte man, könnte wohl jede der anderen Parteien, nur gerade nicht die Deutschnationalen und etwa noch die Kommunisten, zu dem ihrigen machen. Zu alledem erregte noch die im letzten Augenblick erfolgte Berufung des Ministerialdirektors v. Schlieben starkes Befremden. Zusammengefaßt lautete das **Gesamturteil** dahin, daß man nach dieser Rede Luthers mit ihrer durchaus richtigen und so ungemein hohen Einschätzung der Person des Kanzlers Marx und der Politik seines Kabinetts **nicht versteht, warum dieses Kabinett dann überhaupt gestürzt werden mußte.** Und da der Sturz in wochenlanger Krise mit allen Mitteln herbeigeführt worden ist, so müsse man eben beinahe daran zweifeln, daß Dr. Luther wirklich an die praktische Durchführung seines Programms glauben könne. Diese Auffassung wurde, nur wesentlich schärfer formuliert, besonders auf sozialdemokratischer Seite vertreten.

Die **Reichstagsfraktion der Deutschen demokratischen Partei** hat den Abgeordneten Koch-Weser zu ihrem Fraktionsredner bestimmt. Ob noch ein zweiter Redner benannt werden wird, stand gestern noch dahin, da noch nicht Klarheit darüber geschaffen worden war, ob eine zweite Rednergarnitur zu Worte kommen wird. Nach unseren Informationen wird Abgeordneter Koch erneut **mit allem Nachdruck betonen,** daß die Demokratische Partei **dem Kabinett Luther mit schweren Bedenken und ohne jede Bindung gegenübersteht.** Im Hinblick auf anderslautende Meldungen wird von demokratischer Seite weiter ganz klar und unmißverständlich unterstrichen werden, daß **das Verbleiben Dr. Geßlers** in der Regierung **auch nicht, wie es hieß, „zum mindesten eine wohlwollende Neutralität der Demokraten" zur Folge haben werde.** Im Gegenteil, soweit wir wissen, ist gestern in der Fraktion ernstlich **die Frage erörtert worden, ob die innere Stellungnahme der Fraktion zu dem Kabinett nicht die Einbringung eines Mißtrauensvotums erforderlich mache.** Voraussichtlich wird sich die Fraktion aber darauf beschränken, sich bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum der Stimme zu enthalten — falls die Debatte nicht noch eine weitere Verschärfung der Situation bringt. Unabhängig davon wird sich die demokratische Fraktion noch auf Grund des Verlaufs der Debatte darüber schlüssig werden, ob nicht vielleicht gegen einzelne Minister, wie zum Beispiel den Minister Neuhaus, eine besondere, verschärfte Stellungnahme nötig wird.

* * *

Für die politische Aussprache über die Regierungserklärung sind bisher als Redner angemeldet Dr. Breitscheid (Soz.), Graf Westarp (Dnat. Vp.), Fehrenbach (Zentr.), Scholz (D. Vp.), Koch (Dem.). Von den übrigen Parteien werden voraussichtlich sprechen Leicht (Bayr. Vp.), Frau Golke [Ruth Fischer] (Komm.), Drewitz (Wirtsch. Vereinigung).